

Medieneinladung, 2. September 2021

## **50 Jahre Frauenstimm- und Wahlrecht – so weit, so gut?**

**Am Dienstag, 7. September 2021, findet an der Universität Bern eine wissenschaftliche Tagung zu 50 Jahren Frauenstimmrecht statt. Die zweisprachige Tagung befasst sich mit der Geschichte der Einführung des Frauenstimmrechts und mit aktuellen Fragen zu Gleichstellung sowie politischer Partizipation. Die Tagung wird von der Universität Bern und dem Bundesamt für Justiz in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Bundeskanzlei organisiert.**

Mit der Männerabstimmung vom 7. Februar 1971 wurde das Frauenstimmrecht auf Bundesebene eingeführt. Nachdem die Einführung des Frauenstimmrechts vor 50 Jahren bereits Anfang September im Schweizer Parlament gefeiert wurde, findet nun an der Universität Bern eine wissenschaftliche Tagung statt: «Die Tagung zu 50 Jahren Frauenstimm- und Wahlrecht bietet eine fundierte Aufbereitung der historischen Entwicklungen und eine interdisziplinäre, wissenschaftliche sowie politische Auseinandersetzung mit dem Ist-Zustand der tatsächlichen politischen Partizipation von Frauen in der Schweiz», erklärt Judith Wyttenbach, Professorin für Staats- und Völkerrecht an der Universität Bern und Co-Organisatorin der Tagung. «Fachleute, Politikerinnen und Politiker sowie auch eine Zeitzeugin werden die erheblichen Entwicklungen und Veränderungen der vergangenen 50 Jahre diskutieren und aufzeigen, was sich zukünftig noch verändern könnte oder müsste, um eine Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erreichen», so Wyttenbach weiter.

### **50 Jahre Frauenstimmrecht: Rückblick, Standortbestimmung und Ausblick**

Eröffnet wird die zweisprachige Tagung (Deutsch und Französisch, mit Simultanübersetzung) von der stellvertretenden Direktorin des Bundesamts für Justiz, Susanne Kuster. Germaine Zenhäusern, die Tochter der ersten stimmberechtigten Frau in der Schweiz, blickt als Zeitzeugin in ihrer Rede zurück auf die Entwicklungen der letzten 50 Jahre. Weiter wird die Politikwissenschafts-Professorin Isabelle Stadelmann-Steffen von der Universität Bern eine Standortbestimmung zur Schweiz nach einem halben Jahrhundert Frauenstimmrecht vornehmen. Die emeritierte Historikerin Brigitte Studer, die 2021 zusammen mit der Rechtswissenschaftlerin Judith Wyttenbach das Buch «Frauenstimmrecht – Historische und rechtliche Entwicklungen 1848-1981» publiziert hat, spricht in ihrem Tagungsbeitrag über die «älteste Demokratie der Welt», die aufgrund der späten Einführung des Frauenstimmrechts eben auch eine junge Demokratie ist.

In einem Panel diskutieren sodann Vertreterinnen und Vertreter von Forschung und Politik die Herausforderungen, die trotz der Etablierung des Frauenstimmrechts noch bestehen. Weitere Referate befassen sich mit der politischen Partizipation sowie dem Frauenstimmrecht verbunden mit politischen Rechten. Abgerundet wird die ganztägige Veranstaltung mit einer Panel-Diskussion zur Frage, wer am demokratischen Prozess teilhaben darf. «Hier wird die Thematik geöffnet: Wie steht es um die politischen Rechte von sämtlichen in der Schweiz wohnhaften Personen, also auch von Minderjährigen, Ausländerinnen und Ausländern und Menschen unter umfassender Beistandschaft?», erklärt Wyttenbach. Ziel sei es, zu klären, nach welchen Kriterien entschieden werden soll, wer politisch partizipieren darf.

### **Forschungsprojekte zu politischer Partizipation**

Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler verschiedener Disziplinen präsentieren zudem an der Tagung auf Postern ihre Forschungsprojekte, die sich mit der politischen Partizipation aus einer Geschlechterperspektive auseinandersetzen.

Gerne laden wir Sie zur Veranstaltung ein:

**Datum:** Dienstag, 7. September 2021, 09.00 – ca. 15.30 Uhr  
**Ort:** Universität Bern, Hauptgebäude, Aula, Hochschulstrasse 6, 3012 Bern  
**Eintritt:** Für Medienschaffende frei, gerne nehmen wir Ihre Reservation entgegen.

**Moderation:** Esther Girsberger

### **Referentinnen und Referenten sowie Panelteilnehmende:**

- Maya Graf, Ständerätin Grüne BL, Co-Präsidentin Alliance f, Co-Präsidentin Inclusion Handicap
- Laura Hagen, Mitglied des Organisationskomitees der Jugendsession
- Manuela Hugentobler, MLaw, Doktorandin, Vorstandsmitglied des Instituts für Feministische Rechtswissenschaft und Gender Law FRI
- Prof. Pascal Mahon, Droit constitutionnel suisse et comparé, Faculté de droit, Université de Neuchâtel
- Yvonne Schärli, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF
- Prof. Pascal Sciarini, Département de science politique et relations internationales, Université de Genève
- Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Lehrstuhl für Vergleichende Politik, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern
- Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Prof. emerita für Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte, Historisches Institut, Universität Bern
- Prof. Thierry Tanquerel, Droit public, Faculté de droit, Université de Genève

**Weitere Informationen sowie Kontaktangaben sehen Sie auf der nächsten Seite.**

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/aktuell/veranstaltungen.html>. Für die Teilnahme ist ein COVID-Zertifikat erforderlich.

**Medienschaffende sind gebeten, sich bis am Freitag, 3. September 2021, anzumelden.**  
**Interviewanfragen können an dieselbe Adresse gerichtet werden: [jonas.amstutz@bj.admin.ch](mailto:jonas.amstutz@bj.admin.ch)**

**Kontakt:**

Jeanne Ramseyer  
Bundesamt für Justiz / Office fédéral de la justice  
Telefon: +41 58 462 83 98  
E-Mail: [jeanne.ramseyer@bj.admin.ch](mailto:jeanne.ramseyer@bj.admin.ch)

Prof. Dr. Judith Wytttenbach  
Institut für öffentliches Recht, Universität Bern  
Telefon: +41 31 684 45 97  
E-Mail: [judith.wytttenbach@oefre.unibe.ch](mailto:judith.wytttenbach@oefre.unibe.ch)

Mit freundlichen Grüssen  
Media Relations  
Universität Bern

**Institut für öffentliches Recht**

Das Institut für öffentliches Recht deckt in Lehre, Forschung und Dienstleistung den gesamten Bereich des öffentlichen Rechts ab. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Grund- und Menschenrechte, das Staatsorganisationsrecht, das allgemeine und besondere Verwaltungsrecht, das öffentliche Prozessrecht sowie das Völkerrecht. Das Institut für öffentliches Recht kooperiert mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte und dem Zentrum für Migrationsrecht.

Weitere Informationen: [www.oefre.unibe.ch/index\\_ger.html](http://www.oefre.unibe.ch/index_ger.html)